

Antrag

**der Abgeordneten Detlef Ehlebracht, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

Betr.: HVV-Tarifsystem weiter optimieren

Wie das „Hamburger Abendblatt“ am 16.11.2018 berichtete, können immer mehr Menschen im Alter nicht allein von ihrer Rente leben. Im Durchschnitt von Januar bis September 2018 mussten 30 627 Frauen und Männer ihr Ruhegeld mit staatlicher Grundsicherung aufstocken. Das bedeutet eine Steigerung um 30 Prozent innerhalb von fünf Jahren, denn 2013 wurden 23 490 Fälle von Grundsicherung im Alter registriert.¹ Dies hat eine Kleine Anfrage der AfD mit der Drs. 21/14925 ergeben.

Nach der Regelsatzerhöhung im Jahr 2019 stehen einem ALG-II-Bezieher 35,33 Euro für Verkehr zur Verfügung, was knapp bemessen ist. Darüber hinaus holen die tatsächlichen Lebensumstände die theoretischen Regelsätze oftmals ein, was zur Folge hat, dass die Mobilität bedürftiger älterer Leute eingeschränkt ist.

Eine Monatskarte AB kostet für Senioren 64 Euro und selbst mit der Sozialkarte über 41 Euro. Eine Monatskarte für den Gesamtbereich kostet für Senioren 106 Euro und mit der Sozialkarte über 80 Euro. Diese Beträge sind für die oben genannten Senioren unerschwinglich.

Wir sehen hier eine Verbesserungsmöglichkeit des jetzigen Tarifsystems: es gibt bislang keinen Seniorenrabatt auf einzelne Tageskarten oder Einzelkarten.

Jedoch ist aus sozial- und verkehrspolitischer Sicht die Gewährleistung von Mobilität älterer Menschen durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) besonders erstrebenswert, da sie im Alter eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe darstellt, darüber hinaus aber schlicht und ergreifend die Möglichkeit einräumt, notwendige Anliegen selbständig zu erledigen.

Dies vorausgeschickt, möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. das Tarifsystems des HVV dahin gehend zu überprüfen, ob dauerhaft ein Seniorenrabatt auch auf einzelne Tageskarten oder Einzelkarten eingeführt werden kann und wenn ja, in welcher Form.
2. eine Gegenfinanzierung der Mehrkosten von gut 12 Millionen Euro durch Entnahme aus der Produktgruppe EP7 „Busbeschleunigung – Öffentliche Straßeninfrastruktur XI“ vorzunehmen.
3. der Bürgerschaft bis zum 30. November 2019 zu berichten.

¹ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article215810221/Altersarmut-30-000-Rentner-bekommen-Geld-vom-Staat.html>.